

# Strategiediskussion/Arbeitsschwerpunkte DFG-VK Ba-Wü bis Ende 2023

Autor: Landesvorstand Baden-Württemberg, Juli 2021

## 1. Kampagne unter 18 nie

Die Kampagne, die wir finanziell und personell sehr stark unterstützen, endet offiziell Ende September 2021 nach der Bundestagswahl. Sie wird aber bis Jahresende verlängert, um die Koalitionsverhandlungen zu begleiten und Einfluss darauf zu nehmen. Die beiden Kampagnenziele sind:

- Erhöhung des Einberufungsalters auf mindestens 18 Jahre
- Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen

Die Kampagnenarbeit hat in den vergangenen zwei Jahren einiges erreicht:

- Aufbau von wichtigen Kontakten in die verschiedenen Fraktionen
- Mehrere Lobbygespräche in Berlin
- Aktionsmonat im Juni 2020 mit Unterstützerstatement von Oliver
- Homepage mit einem Widerspruchstool gegen die Weitergabe der Meldedaten von Minderjährigen an die Bundeswehr
- Verschiedenen Aktionsmaterialien wie z. B. Banner, Flyer, Factsheet und Aufkleber

Durch die Koordinationsarbeit von Sarah Gräber ist die Kampagne bundesweit sicht- und wahrnehmbar geworden.

Ob wir die beiden Kampagnenziele erreichen, wird erst nach der Bundestagswahl deutlich werden. Für die Heraufsetzung des Einberufungsalters gibt es bei den Fraktionen deutlich mehr Unterstützung als für das Verbot jeglicher Werbung an Jugendlichen.

Trotz aller Erfolge halten wir es für sinnvoll die Kampagne in dieser Form zum Ende des Jahres zu beenden. Bis zur nächsten Wahl vergehen vier Jahre, in denen wahrscheinlich politisch nicht viel zu erreichen sein wird. Im Trägerkreis der Kampagne gibt es den Wunsch, ab 2021 als Bündnis weiterzuarbeiten. Die aufgebauten Strukturen sollen weiter genutzt werden und die vertrauensvolle Zusammenarbeit untereinander ist hervorragend. Sarah Gräber würde weiterhin die Koordination übernehmen.

## 2. Bildungsarbeit an und mit Schulen

Die Friedensbildung ist seit vielen Jahren ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir sind in folgenden Bündnissen vertreten:

- Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ (Klaus Pfisterer und Roland Blach, auch Bündnis-Koordinator)
- Netzwerk Friedensbildung (Klaus Pfisterer, Kai-Uwe Dosch)
- Beirat der Servicestelle Friedensbildung (Klaus Pfisterer und Roland Blach)
- Steuerungsgruppe Servicestelle Friedensbildung (Klaus Pfisterer)

Das **Schulfrei-Bündnis** will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule aufklären und verfolgt drei Ziele:

1. Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr
2. Angebote einer Friedensbildung an Schulen bereitstellen
3. Handlungsoptionen für einzelne Zielgruppen anbieten

Das **Netzwerk Friedensbildung** verfolgt diese Ziele:

1. Personeller und finanzieller Ausbau der Servicestelle Friedensbildung
2. Einrichtung einer Professur für Friedensbildung mit dem entsprechenden Unterbau an einer Universität in Baden-Württemberg
3. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bildungspläne die Friedensbildung stärker zu verankern.

Im **Beirat der Servicestelle Friedensbildung** sind alle Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen (2014) vertreten. Der Beirat berät und unterstützt die Arbeit der Servicestelle.

### **Steuerungsgruppe Servicestelle Friedensbildung**

Klaus Pfisterer und Richard Bösch (pax-christi) sind die gewählten Vertreter der Unterzeichnerorganisationen in der Steuerungsgruppe der Servicestelle. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe begleiten kontinuierlich die Arbeit der Servicestelle und machen die Lobbyarbeit im Landtag, damit die Servicestelle personell und finanziell weiter ausgebaut wird. Es gibt sehr gute Kontakte zu den Fraktionen der Grünen und der SPD und Kontakte zur CDU und FDP.

Beim Neujahrstreffen gab es großes Interesse an diesem Arbeitsbereich und eine AG Friedensbildung auf Landesebene hat sich gegründet.

In der AG werden folgende Arbeitsfelder angeboten

- Schulungen für Auftritte in Schulen/im Unterricht
- Erarbeitung eines standardisierten Vortrags für den Unterricht in Form einer Powerpoint-Präsentation
- Erarbeitung von Unterrichtseinheiten
- Weiterarbeit an den Bildungsplänen

Mit dem **Ulli-Thiel-Friedenspreis**, den wir gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche in Baden durchführen, versuchen wir einerseits die Friedensbildung an den Schulen zu stärken und andererseits an jahrzehntelange Arbeit von Ulli Thiel zu erinnern. Trotz Corona-Pandemie gab es sowohl 2020 als auch 2021 zahlreiche Einsendungen aus verschiedenen Schularten. Die Ausschreibung erfolgt auch über die Homepage des Kultusministeriums und darüber kamen bislang die meisten Einsendungen.

Derzeit arbeiten wir an einer Power-Point-Präsentation, die für die Werbung eingesetzt werden kann. Nach der Preisverleihung 2021 ist auch ein Werbevideo geplant.

Mit der 3. Ausschreibung für das Schuljahr 2021/2022 kommt pax-christi Baden-Württemberg als weiterer Ausrichter hinzu. Damit können dann auch die katholischen Religionslehrer in den Schulen direkt und um Teilnahme mit ihren Klassen angesprochen werden. Insgesamt erhoffen wir uns dadurch einen weiteren Schub für den Preis, der durch die Ausweitung der Preisgelder an Attraktivität gewinnt. Roland Blach steuert als Geschäftsführer die bisherigen Abläufe – unter besonderen Herausforderungen durch Corona. Klaus Pfisterer engagiert sich ebenso wie die Jurymitglieder Sigrid Altherr-König (seit 2020) und Gisela Kehrer-Bleicher (2020/21). Sonnhild Thiel ist immer aktiv in die Prozesse eingebunden.

Durch personelle Verflechtungen gibt es sehr gute Kontakte zur GEW Ba-Wü.

### **3. Sicherheit neu denken**

Das Szenario „Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040“ der Evangelischen Landeskirche in Baden wurde 2018 vorgestellt und

sollte laut Konzeption zunächst die Inhalte in den verschiedenen Friedensbündnissen und -organisationen zur Diskussion stellen. Angedacht war und ist neben der inhaltlichen Weiterentwicklung des Szenarios auch die Schaffung weiterer Stellen bei der Kirche bzw. den Unterstützerorganisationen auch deutlich jenseits der Friedensbewegung.

Wir haben uns bereits frühzeitig (Neujahrstreffen 2019) und mehrfach mit der Thematik befasst und sehen hier eine sehr gute Arbeitsperspektive für den Landesverband und die Ortsgruppen

Roland Blach arbeitet für den Landesverband im Trägerkreis mit. Der Bundesverband wird von Thomas Schwoerer vertreten.

Wir sehen darin die Schwerpunktaktion unserer Landesverbandsarbeit. Das Szenario „Sicherheit neu denken“ und die daraus abgeleitete Bildungsarbeit mit dem Ziel eines zivilen und nachhaltigen Deutschland 2040 bietet genau die Perspektive, unsere Programmatik als Gesamtverband in größeren Teilen verwirklichen zu können, auch wenn die Rahmenbedingungen dazu derzeit alles andere als leicht sind. Andererseits gab es in der Vergangenheit etliche Erfolge wie das Atomwaffenverbot, die Weiterentwicklung und Implementierung friedenslogischer Ansätze sowie viel Bewegung in den Bereichen Klima, Entwicklung und Demokratie.

Speziell unser Landesverband kann die reichhaltigen Erfahrungen für Abrüstung und den Ansatz positiven Friedens („Frieden schaffen ohne Waffen“) intensiv in die laufenden Debatten einbringen, auf dem Weg der Weiterentwicklung vom Szenario selbst.

Aus der Bildungsarbeit wird perspektivisch politischer Druck entstehen müssen, um wirksam zu werden. Sicherheit neu denken kann das Dach für uns wichtiger Projekte und Themen sein, von Atomwaffen über Friedensbildung bis zu Rüstungsexporten.

Es ist möglich, dass die fünf Säulen jeweils einzeln in Arbeitsgruppen behandelt werden. Innerhalb des Trägerkreises, zusammen mit Kooperationspartner und innerhalb der DFG-VK selbst. Dies könnte z.B. in Videokonferenzen erfolgen.

Konkret könnte das bedeuten:

- > eine landesweite Arbeitsgruppe, um spezifische Themen und Methoden zu entwickeln
- > interne und externe Videoschulung zu bestimmten Themen, mit internen und externen ReferentInnen
- > regelmäßige Verbreitung über Social Media, Newsletter und Südwestkontakte
- > Angedacht wird, eine Projektstelle „Sicherheit neu denken“ einzurichten und eine Person mit 12-14 Stunden ab 1.1.2022 befristet für zwei Jahre einzustellen. Der Landesverband könnte diese finanzielle Last zwar alleine tragen, würde dabei aber die Rücklagen zu einem großen Teil aufbrauchen. Besser wäre eine finanzielle Unterstützung aus den Ortsgruppen, sofern dies leistbar ist. Evtl. könnte auch der Bundesverband um finanzielle Unterstützung angefragt werden.

#### **4. Atomwaffenverbot durchsetzen**

Mit dem Friedensnobelpreis 2017 an ICAN und die über 500 Partner weltweit, darunter die DFG-VK und die von uns mitgetragene Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ haben sich viele Türen geöffnet, in der Politik, den Bürgermeister\*innen, den Kirchen, den Medien. Auch für die Engagierten im Landesverband. Roland Blach hat eine zentrale Schnittstelle inne – innerhalb der DFG-VK und vieler Kooperationspartner.

Vielfach engagierten wir uns in Büchel und lokal bei Gedenktagen (Hiroshima/Nagasaki usw.), beim Flaggtag der Mayors for Peace oder zum Inkrafttreten des Verbotsvertrags am 22. Januar 2021 – einem wichtigen Meilenstein.

Das Graswurzellobbying spielte in den letzten Jahren eine zunehmend wichtigere Rolle. Um Abgeordnete und Städte dazu zu bewegen, den ICAN Appell zu unterstützen.

Deutschland ist an dieser Stelle weltweit führend und Baden-Württemberg besonders engagiert. Von 638 Abgeordneten aus dem Europaparlament, dem Bundestag und den Landtagen sind 69 aus dem Ländle. Platz 2 in der Bundesliga nach Hamburg. Mit Dr. Natalie Pfau-Weller aus Kirchheim/Teck hat die erste Landtagsabgeordnete der CDU Mitte Juni unterschrieben!! Von 124 Städten sind 22 aus Baden-Württemberg (Platz 2 nach NRW), von 5 Landkreisen ist mit dem Ostalbkreis ein besonders engagierter aus dem Ländle.

Um unser **wichtigstes Ziel – den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag** - durchzusetzen, braucht es eine mehrjährige Doppelstrategie aus Lobbying und Straßenaktionen. Auf allen Ebenen: lokal, landesweit, bundesweit und im Verbund mit den internationalen Partnern.

**Nahziele** sind:

- Teilnahme Deutschlands als Beobachter an der ersten Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vertragsstaaten 2022 in Wien
- Verzicht der neuen Bundesregierung auf die Anschaffung von 30 „F-18“-Atombombern

**Zusammen mit unseren Kooperationspartnern sollten wir unsere Ortsgruppen und Einzelmitglieder neben Protestaktionen u.a. in Büchel zum Lobbying ermutigen:**

- Die meinungsführenden MdB's in der CDU-Fraktion
- Die meinungsführenden SPD-Teile, die gegen Atomwaffen sind, stärken (z.B. Saskia Esken als Parteivorsitzende und Andreas Stoch als Landesvorsitzender nach zuletzt drei Gesprächen 2020/21); die meinungsführenden SPD-Teile, die für Atomwaffen sind, ansprechen
- Grüne, damit sie (weiter) atomwaffenkritisch bleiben
- ICAN Städteappell und Landtagsbeschluss, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten
- UN-Jugenddelegation zur NPT-Überprüfungskonferenz und zur Überprüfungskonferenz des TPNW 2022
- Investor\*innen, um sicherzustellen, dass keine Projekte bzw. Unternehmen finanziert werden, die mit der Entwicklung oder der Produktion von Waffen mit atomaren Fähigkeiten in Verbindung stehen

Der **Pacemakers Radmarathon im August** und die **mehrtägigen Pacemakers Nuclearban Touren** (2022 ist die nächste Fahrt nach Berlin geplant) sind unser Markenzeichen und auch mediales Aushängeschild. Sie verschaffen uns ein enormes Renommee, sind für uns politisch und vor allem finanziell sehr wichtig, da mit dem Gewinn die Stelle von Roland Blach mitfinanziert wird.

## **5. Rüstungsexport/Rüstungsbetriebe**

**Vorbemerkung:** Auf das Land Baden-Württemberg entfielen im Berichtszeitraum 2020 insgesamt 3.094 Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter (Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter).<sup>1</sup> So viele wie auf kein anderes Bundesland. Mit einem Absoluten Wert von 927.937.714 € ist das Land mit 15,9% nach Niedersachsen (20,7% und Bayern (19,6%)) der fiskalisch drittgrößte Exporteur von Waffen.

---

<sup>1</sup> BT-Drs. 19/26713 S. 3

In Baden-Württemberg haben mit Rheinmetall, Heckler&Koch, Carl Walther, Litef, Daimler u.v.a.m. etliche reine Rüstungsbetriebe, Zuliefer- und Dual-Use-Unternehmen Ihren Sitz. Die Strafverfahren gegen Unternehmen wegen illegalen Waffenhandels wurden in der Vergangenheit am Landgericht in Stuttgart geführt – jedes Verfahren welches am BGH verhandelt wird ist ein Verfahren das in Karlsruhe geführt wird.

### **Notwendigkeit und Bestandsaufnahme**

Aus den vorgenannten Gründen erscheint es unabdinglich das wir uns der Thematik als DFG-VK widmen müssen.

Im Rahmen einer selbstkritischen gemeinsamen Bestandsaufnahme konnten wir konstatieren, das hier seit Jahren wenig diesbezüglich stattgefunden hat.

Dies mag einerseits dem Umstand geschuldet sein, dass wir als DFG-VK in die überregionalen Bündnisse (bspw. Aktion Aufschrei) eingebunden sind, und in diesen gut repräsentiert sind. So das es keine eigene initiative seitens des LV geben musste.

Praktisches Beispiel: Urteilsverkündung in der Sache 3 StR 518/19 (SigSauer-Verfahren):

Aktion Aufschrei hat gemeinsam mit den lokalen Ortsgruppen und anderen thematisch interessierten Gruppen (indigenen Interessensvertretern aus dem Zielland der Rüstungsexporte) eine kurze Choreographie am Marktplatz in Karlsruhe und vor den Außensenaten des BGH in der Rintheimer Querallee organisiert. Diese wurden von Medienvertretern wohlwollend aufgenommen.

Neben den Mitgliedern der Ortsgruppe hat Michi vom Bundesverband und Jürgen als Kampagnensprecher Teilgenommen. Die DFG-VK war also sowohl durch Personal als auch durch Fahnen, Flugblätter und Redebeiträgen auf Deutsch und Spanisch gut Repräsentiert.



### **Ausblick**

Für die Zukunft soll weiterhin eine Gute Repräsentanz der DFG-VK, und eine Weiterentwicklung der einzelnen, auch überregionalen Akteure, im Sinne der DFG-VK und deren Zielen sichergestellt werden. Dazu sollte neben der personellen Begleitung diverser Kampagnen, Aktionen und Bündnissen (Welche derzeit von vielen DFG-VK-Aktiven gewährleistet wird und woran sich in Absehbarer Zeit nicht viel Verändern wird) auch eine wachsende pekuniäre Beteiligung ins Auge gefasst werden. Anknüpfungspunkte gibt es dazu einige, hier seien die folgenden drei Exemplarisch genannt:

#### **(1) Kritische AktionärInnen Heckler&Koch**

Unterstützung bei der Administration im Vorfeld der Hauptversammlung, das stellen von Rednern, Unterstützung durch Auswertung von Geschäftsabschlüssen, Transparente und Fahnen, Teilnahmen an Demonstrationen, Aufwerfen von Fragen aus verschiedenen Teilbereichen (Unternehmensrecht, Lieferungen, Außenwirtschaftsfragen Greenwashing, etc.), Mitschreiben während der Hauptversammlung u.v.a.m.

#### **(2) Grenzüberschreitende Kooperation zB mit tdh**

2021 hat tdh die Verwendung von D-A-CH-Waffen in Brasilien gemeinsam mit einer NGO vor Ort untersucht und dazu eine viel beachtete Studie publiziert. Es wäre denkbar, dass

man diese und ähnliche Aktionen durch das Weiterverbreiten der Informationen, Unterstützung in der Recherche oder finanzielle Unterstützung. Auch sollten wir insgesamt Grenzüberschreitende Bündnisse in Erwägung ziehen, um der Internationalisierungsstrategie der Rüstungskonzerne nicht hinterher zu hinken. Dies mag mit erhöhten Kosten für Reisen einhergehen, ist aber wie im Fall Rheinmetall-Italia unerlässlich. Im Rahmen dieser internationalen Kooperationen können auch lokale Akteure wie am Bodensee eingebunden werden.

### (3) Strafverfahren gegen Rüstungsproduzenten

Mit den nun Abgeurteilten Verfahren gegen Heckler&Koch und SigSauer wegen des illegalen Exports von Kleinwaffen in Krisen- und Kriegsregionen sind in Baden-Württemberg zwei wegweisende Prozesse zu Ende gegangen. Mit dem neuen Verfahren gegen SigSauer liegt bereits der nächste Prozess bei der zuständigen Staatsanwaltschaft. Die Verfahren werden von Holger Rothbauer betreut. Als Rechtsanwalt verbietet ihm das Landesrecht die für uns geleistete Arbeit wie in Amerika „pro bono“ abzurechnen. Die Verfahren bis zum BGH sind mit hohen Kosten verbunden an welchen wir uns Beteiligten könnten.

Je nach Ermittlungs- und Verurteilungstempo der Justiz in Kiel, könnte im Herbst 2024 zu unserem 50. Jubiläum SigSauer wieder am BGH Verurteilt werden.

Insgesamt lässt sich feststellen das sich im Bereich Kleinwaffen/Rüstungsexporte viel passiert und wir uns nur beteiligen müssen. Eigene Initiativen werden in naher und mittlerer Zukunft möglich sein, sind aber im Rahmen der ökonomisch sinnvollen Nutzung vorhandener personeller und fiskalischer Reserven nicht zwingend notwendig, um den Themenbereich abzudecken.

Zur besseren Vernetzung von einzelnen Aktiven, Ortsgruppen und Bündnissen kann es eine Arbeitsgruppe zu Rüstungsexport auf Landesebene geben. Diese wird von Stephan Möhrle betreut.

## Strukturfragen

1. Unsere Mitarbeiter\*innenbasis vor Ort bröckelt teilweise. Durch die Corona-Pandemie konnten wir kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführen und für unsere Themen werben. Es fehlen vor allem jüngere Aktive im LV und daraus ergibt sich die Frage: „Mit welchen Themen und Methoden können junge Menschen für die Friedensarbeit gewonnen werden, in der sich auch selbst ausprobieren dürfen?“

2. Die Arbeit im Landesvorstand muss in Verbindung/Absprache mit dem hauptamtlichen Mitarbeiter besser strukturiert werden. Die einzelnen Arbeitsbereiche müssen klar definiert sein und Ansprechpartner\*innen benannt werden. Wir haben in der Mitgliedschaft bzw. unter den Interessent\*innen möglicherweise Kapazitäten, die wir noch nicht ausgeschöpft haben.

Der übergreifende Punkt ist unsere **Struktur** im Landesverband.

Im Landesverband fehlt die Vernetzung.

Wie wir Gruppen stärken/wiederbeleben können kann nur über personellen Einsatz erfolgen. Idee ist, den Gruppen und auch Einzelmitgliedern „Impuls-Themen“ anzubieten mit denen ein oder zwei Landesvorstände zu Gruppentreffen kommen, um eventuell auch im Nachgang gruppenübergreifend an einem Thema dranzubleiben.

Hier ist neben dem ein oder anderen persönlichen Treffen auch an Video-Konferenzen gedacht (unter welcher Plattform auch immer).

An der Mitgliederversammlung soll festgehalten werden, (noch) keine Delegierten-Veranstaltung.

Wie auf Bundesebene könnte der Geschäftsführer nicht mehr Mitglied des Vorstands sein. Auf „Referatsebene“ sollen die Personen weiterhin Mitglied im Landesvorstand sein, auf Projektebene ist das nicht erforderlich.

---

Kontakt für Rückmeldungen zum Strategiepapier: [ba-wue@dfg-vk.de](mailto:ba-wue@dfg-vk.de)